



Magnus Fischer
Pressesprecher

Freiherr-vom-Stein-Str. 36 • 65817 Eppstein/Ts.
Telefon: 06198/575 373
Magnus.Fischer@fwg-eppstein.de

PRESSEMITTEILUNG 02/2008 vom 16. März 2008

Standhaftigkeit zur Rettung der politischen Kultur

Die Freien Wähler Eppstein zollen der Darmstädter SPD-Landtagsabgeordneten großen Respekt für Ihre Standhaftigkeit und Prinzipientreue, die sie in der Auseinandersetzung in ihrer Partei so mutig wie eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat. Diese Standhaftigkeit zu einem vor der Wahl gegebenen Versprechen hat nicht nur für die SPD und Hessen Bedeutung. Es ist ein notwendiges Handeln zur Rettung der politischen Kultur in einem Staat, dessen Bürgerinnen und Bürger immer größeres Misstrauen gegenüber dem politischen Handeln der Parteien hegen.

Es war ein wichtiges Signal, dass Frau Metzger allen Anfeindungen und zum Teil offenen Repressionen aus den Reihen ihrer Partei-„Kollegen“ widerstanden hat und hoffentlich auch künftig widersteht. In der freien Wirtschaft würde man Aussagen aus ihrer Fraktion wohl mit dem Begriff „Mobbing“ versehen müssen.

Die Auseinandersetzung hessische SPD vs. Dagmar Metzger der vergangenen Tage hat auf spektakuläre und entlarvende Weise gezeigt, wie es tatsächlich um die Unabhängigkeit und Gewissensfreiheit demokratisch gewählter Abgeordneter bestellt ist. In der politischen Führung dieser Parteien – CDU und FDP machen da keine Ausnahme – herrscht offenbar kein Verständnis für solchen „Luxus“ wie Unabhängigkeit, Gewissen und Bindung an Wahlversprechen.

Binnen weniger Tage hat die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti ihren politischen und moralischen Kredit verspielt. Sie hat damit Anlass zu starkem Zweifel gegeben, ob sie fähig und würdig für das angestrebte Amt in Wiesbaden ist. Durch ihr teilweise diletantisches Vorgehen der vergangenen Tage trägt zuvorderst sie die Verantwortung dafür, dass nun weder das SPD-Wahlprogramm eingelöst noch Roland Koch (vorerst) abgelöst werden kann.

Die Linkspartei ist keine Gruppierung, von der man sich abhängig machen darf. Gleiches gilt natürlich ebenso für den rechten Rand des politischen Spektrums.

Die Vorgänge in Wiesbaden sind u.E. differenziert zu betrachten: Es darf nicht vergessen werden, dass die Linkspartei durch demokratischen Wählerwillen legitimiert im Landtag sitzt. Man könnte die Verweigerungshaltung aller „etablierten“ Parteien im Landtag, die eine „bunte“ oder große Koalition verhindert, ebenso kritisch hinterfragen. In sofern täten auch die Eppsteiner Vertreter dieser Parteien gut daran, nicht zu laut zu schreien und mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Die Eppsteiner FWG hält die Strategie der Ausgrenzung der Linkspartei wie sie CDU und FDP als Richtig reklamieren für ebenso falsch, wie eine Zusammenarbeit mit ihr, wie sie die SPD anstrebt.

Der Einzug von Gruppierungen des rechten wie des linken Randes der Gesellschaft in demokratische Parlamente ist immer auch ein Versagen der dort etablierten Parteien. Notwendig ist daher aus Sicht der Eppsteiner FWG die offene politische Auseinandersetzung mit den Bauernfängereien dieser Gruppierungen.

Magnus Fischer
Pressereferent der FWG Eppstein

Anschläge: 3.040